



# TAUWETTER

*... franziskanische Zeitschrift für Gerechtigkeit,  
Frieden und Bewahrung der Schöpfung*



## *BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN*

# IMPRESSUM

## Redaktion Tauwetter

Peter Amendt ofm, Stefan Federbusch ofm, Markus Fuhrmann ofm,  
Jürgen Neitzert ofm,  
Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Jürgen Neitzert ofm, Köln

## Sie erreichen uns

Redaktion Tauwetter  
Immermannstr. 20  
Postfach 24 01 39  
40090 Düsseldorf  
Redtauwetter@aol.com  
www.tauwetter-online.de

## Dankeschön

**Tauwetter** finanziert sich ausschließlich aus Spenden.  
Wir möchten uns an dieser Stelle ausdrücklich bei allen bedanken,  
die mit ihrem Beitrag diese franziskanische Zeitschrift mit  
dem Schwerpunkt „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der  
Schöpfung“ unterstützen.

## Redaktion Tauwetter

Stadtsparkasse Düsseldorf (BLZ 300 501 10)  
Kontonummer: 10 130 896  
IBAN: DE 43 3005 0110 0010 1308 96  
SWIFT/BIC: DUSSEDDXXX

# Editorial

*„Der Widerstand gegen soziale Veränderung  
zeigt sich zuerst in der Behauptung,  
dass diese gar nicht notwendig sei“*

Gloria Steinem

Stimmen die Maßstäbe unseres gesellschaftspolitischen Handelns eigentlich noch? Manchem Normalbürger scheinen sie verrückt zu sein. Milliarden schwere Rettungspakete und Schutzschirme werden in Sekundenschnelle geschnürt, während für Armutsbekämpfung um jeden Cent gerungen wird. Das Sparpaket der Bundesregierung wird – selbst in den eigenen Reihen – als sozial unausgewogen kritisiert. Die Finanzkrise verdeutlicht, wie sehr unser Wirtschafts- und Finanzsystem aus den Fugen geraten ist und auf welch tönernen Füßen es steht.

„Man kann ein Problem nicht mit den gleichen Denkstrukturen lösen, die zu ihm geführt haben“, gab einst Albert Einstein zu bedenken. Neue Konzepte gilt es zu denken angesichts der massiven Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Unsere Gesellschaft braucht eine neue Vision eines solidarischen Zusammenlebens. Tauwetter stellt ein (Einkommens-) Modell vor, mit dem sich die Teilnehmenden des diesjährigen Grundlagenseminars befasst haben.

Auf den analytischen Beitrag zur sozialen Lage in Deutschland von Bruder Stefan Federbusch, gekoppelt mit der Frage nach sozialer Gerechtigkeit, wird die Idee des Bedingungslosen Grundeinkommens für alle vorgestellt. Es wird von den Verfechtern als soziales Menschenrecht gesehen und erhebt den Anspruch, jedem Menschen mehr Sicherheit zu bieten. An dieses Konzept gibt es durchaus kritische Anfragen, wie sie von Schwester Veronika Fricke formuliert werden und auch im Bericht zum Grundlagenseminar von Schwester Juliana Seelmann und Schwester Renata Obert benannt sind. Bruder Joachim Wrede schildert aus seiner Erfahrungen in Mexiko das Verständnis der Indios von Arbeit und Einkommen. Eine Buchbesprechung zum Thema „Armut“ rundet diese Tauwetterausgabe ab.

Da Tauwetter über kein Grundeinkommen verfügt, sind wir über jede Spende dankbar, die ein weiteres Erscheinen ermöglicht!

Wir Brüder der Tauwetter-Redaktion wünschen eine spannende Lektüre, die zur Auseinandersetzung und zur Diskussion anregt.

# Inhalt

DIE HARTZ-IV-DEBATTE ZUR SOZIALEN LAGE IN DEUTSCHLAND <i>BR. STEFAN FEDERBUSCH OFM</i>	6
SOZIALE GERECHTIGKEIT – MEHR ALS EIN IDEOLOGISCHER KAMPFBEGRIFF? <i>BR. STEFAN FEDERBUSCH OFM</i>	13
BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN EIN UNIVERSELLES SOZIALES MENSCHENRECHT <i>NETZWERK BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN</i>	17
EINIGE KRITISCHE ANFRAGEN ZUM KONZEPT DES „BEDINGUNGSLOSEN GRUNDEINKOMMENS“ <i>SR. VERONIKA FRICKE OSF</i>	24
INDIANISCHE DENKANSTÖSSE ZUM THEMA „BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN“ <i>BR. JOACHIM WREDE OFMCAP</i>	29
„FREIHEIT IST DIE SCHWIERIGSTE ÜBUNG“ DIE IDEE DES BEDINGUNGSLOSEN GRUNDEINKOMMENS <i>SR. JULIANA SEELMANN, SR. RENATA OBERT</i>	35
BUCHBESPRECHUNG ZUKUNFTSHERAUSFORDERUNG ARMUT IN DER WELT <i>BR. STEFAN FEDERBUSCH OFM</i>	40

# Die Hartz-IV-Debatte

## Zur sozialen Lage in Deutschland

*Br. Stefan Federbusch ofm*

Die Westerwellen schlagen hoch in Deutschland. Für die Aussage: „Wer dem Volk anstrengungslosen Wohlstand verspricht, lädt zu spätrömischer Dekadenz ein“ erntete der deutsche Außenminister und FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle viel Kritik. In seinen Augen trage die Hartz-IV-Debatte um Langzeitarbeitslose „sozialistische Züge“. Zu den zahlreichen Kritikern gehörte u.a. der Präsident des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, Alois Glück: „Die Wortwahl ist diffamierend. Das ist nicht akzeptabel“. Doch Westerwelle legte nach: „Wenn man in Deutschland schon dafür angegriffen wird, dass derjenige, der arbeitet, mehr haben muss als derjenige, der nicht arbeitet, dann ist das geistiger Sozialismus... Wer arbeitet, darf nicht mehr und mehr zum Deppen der Nation gemacht werden.“ Seine Kernaussage lautet: Wer arbeitet, muss mehr Geld zur Verfügung haben als ein Transferempfänger. „Leistungsgerechtigkeit ist mehr als Steuertechnik – Leistungsgerechtigkeit ist ein Gesellschaftsbild. Bei fairen Steuern genau wie bei Aufstiegschancen durch ein durchlässiges Bildungssystem muss die Mitte unserer Gesellschaft wieder in den Mittelpunkt der Politik rücken.“

**DIE SOZIALE FRAGE** steht wieder (einmal) auf der Tagesordnung. Die großen sozialen Unterschiede zwischen den Schichten sorgen für Verunsicherung. Die Finanzkrise trug das ihre dazu bei. Lange Jahrzehnte betraf (bzw. wurde so wahrgenommen) das Phänomen Armut nur soziale Randschichten. Mittlerweile vollzieht sich der Übergang von „marginaler“ zu „disqualifizierender Armut“, von der immer stärker bisher integrierte Bevölkerungsteile betroffen sind.

Das *Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung* (DIW) hat im Februar 2010 eine interessante **STUDIE ZUM THEMA „ARMUT“** vorgelegt. Sie belegt, dass in Deutschland im Jahr 2008 jeder 7. Bürger an der Grenze zur Armut lebte und arm war. Dies sind in absoluten Zahlen 11,5 Millionen Menschen, rund ein Drittel mehr als vor zehn Jahren.

Am unteren Ende der sozialen Hierarchie stehen jene, die schon Karl Marx als „**ÜBERZÄHLIGE**“ der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft bezeichnet hat. Zu ihnen gehört die Mehrzahl der 7,4 Mio. Menschen, die im April 2007 Empfänger von Leistungen der Grundsicherung waren, darunter 2,5 Mio. Arbeitslose und 1,3 Mio. abhängig Beschäftigte. Als „**PREKARIER**“ werden jene bezeichnet, die über längere Zeiträume auf die Ausübung unsicherer, niedrig entlohnter und gesellschaftlich gering angesehener Arbeiten angewiesen sind. Etwa 6,5 Mio. Menschen arbeiten im Niedriglohnsektor (2006 war dies bereits jeder siebte Vollzeitbeschäftigte).

Das *Heidelberger Institut* hat Ende 2006 an Hand von vier Kriterien ermittelt, dass 3,9 Millionen Deutsche im Alter ab 14 Jahren zur **SOZIALEN UNTERSCHICHT** zu rechnen sind (Westdeutschland: 2,7 Mio. = 5 Prozent; Ostdeutschland: 1,2 Mio. = 10 Prozent). Diese sind aber nicht automatisch identisch mit dem so genannten Prekariat, da „prekäre Situationen“ auch in anderen Milieus zu finden sind.

Der Begriff „**PREKARIAT**“ erhielt seit der Veröffentlichung der Sinus-Milieu-Studie im Herbst 2006 zunehmend Einzug in die politischen Debatten. Dabei lassen sich zwei Definitionslinien feststellen. Aus sozialstruktureller Sicht sind die Prekarier die Repräsentanten einer neuen Unterschicht der Abhängigen und Aussichtslosen. Als Modernisierungsverlierer können sie mit den Beschleunigungen kapitalistischer Modernität nicht mithalten. Sie sind wohlfahrts- und sozialpolitisch Hilfebedürftige. Ihnen ist der Zugang zu stabiler Beschäftigung verwehrt, sie verfügen über keine nennenswerten Bildungsabschlüsse und ihre Sozialbeziehungen sind nicht gefestigt bzw. entsprechen zumindest nicht den Vorstellungen der Mittelklasse. Spezifische bruchstückhafte Erwerbsbiographien und die Abkopplung vom gesellschaftlichen Geschehen sind die Folge. Prekarier „bewegen sich durch das unwegsame

Gelände von Minijobs, Praktika, Leiharbeit, befristeten Tätigkeiten und staatlichen Unterstützungsleistungen. Sie stehen nicht mehr nur sporadisch oder periodisch, sondern dauerhaft zwischen Arbeitslosigkeit und Erwerbstätigkeit“ (Berthold Vogel).

Eine andere Definitionslinie betrachtet stärker die Werte und Einstellungen und somit ein bestimmtes Gefühl über die eigene Lebenslage. Es ist geprägt durch besonders starke Zukunftssorgen.

Die „**ARMUTSRISIKOSCHWELLE**“ ist laut einer gemeinsamen EU-Definition bei 60 Prozent des mittleren Einkommens eines Landes angesiedelt. Als arm gilt, wem weniger als 50 Prozent zur Verfügung steht. In Deutschland lag das Durchschnittsentgelt 2009 bei rund 30.900 Euro brutto. Arm ist demnach, wer weniger als 15.000 Euro pro Jahr verdient (Singles 764 Euro pro Monat, kinderlose Paare 1376 Euro). ALG II-Empfänger und Bezieher von Grundsicherung liegen mit ihren monatlichen Bezügen darunter. Die Mietzuschüsse eingerechnet erhalten sie derzeit vom Staat im Schnitt 690 Euro pro Monat. Die gesamtdeutsche Armutsquote lag im Aufschwungsjahr 2007 bei 14,3 Prozent. Das sind 0,4 Prozent niedriger als 2005. Zum Vergleich: 1962 lag die Quote bei 11 Prozent, 1973 bei ca. 8 Prozent.

Der **ARMUTSATLAS** des *Paritätischen Wohlfahrtsverbandes* zeigt die Ungleichverteilung innerhalb Deutschlands. Er teilt die Bundesrepublik in 96 Raumordnungsregionen zu jeweils rund 500.000 Einwohnern auf. In Westdeutschland gelten 12,9 Prozent als arm, in Ostdeutschland 19,5. In Baden-Württemberg und Bayern liegt die Armutsquote fast überall unter 10 Prozent, im Osten dagegen durchgängig (bis auf eine kleine Zone um Potsdam) bei über 17 Prozent. Der höchste Prozentsatz mit einem Anteil über 23 Prozent liegt in Mecklenburg-Vorpommern. Im Jahr 2007 kehrte dort jeder 20. Einwohner seiner Heimat den Rücken und wanderte ab. Gesamt: Mecklenburg-Vorpommern: 24,3 Prozent, Sachsen-Anhalt 21,5, Sachsen 19,6, Thüringen 18,9, Brandenburg 17,5; Bremen 19,1, Berlin 17,5, Saarland 16,8. Der Verbandsgeschäftsführer Ulrich Schneider spricht davon, dass Deutschland sozial und ökonomisch ein „zutiefst zerrissenes Land“ sei. Er kritisierte zugleich, dass in den Konjunkturpakten der Bundesregierung keine armutsbekämpfenden



den Komponenten enthalten seien. An Einkommensschwachen gingen die Maßnahmen (wie die Abwrackprämie) gänzlich vorbei. Zudem bekämen die reichsten Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg und Hessen von den 10 Milliarden Euro Zukunftsinvestitionen des Bundes mit einem Drittel den dicksten Batzen.

In Deutschland ist fast ein Viertel der 19–25-Jährigen armutsgefährdet. Dies liegt zum einen daran, dass die Ausbildungszeiten länger dauern und es einen Trend gibt, früher aus dem Elternhaus auszuziehen, zum anderen sind die Einstiegsjobs oft schlecht bezahlt. Bei Familien wächst das Risiko mit der Kinderzahl: Bei den Drei-Kind-Haushalten sind 22 Prozent betroffen, bei den Vier-oder-mehr-Kind-Haushalten 36 Prozent. Besonders krass ist es bei den allein Erziehenden. Hier leben mehr als 40 Prozent mit minderjährigen Kindern an der Armutsgrenze oder darunter.

Das *Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe* hat errechnet, dass hierzulande 1,7 Mio. Kinder von Hartz IV leben. Dies betrifft jedes 6. Kind.

2009 lag der Regelsatz für Erwachsene bei 359 Euro pro Monat, für Kinder ab 14 Jahren bei 287 Euro, für Kinder ab 6 Jahren bei 251 Euro und für Kinder unter 6 Jahren bei 215 Euro. Seit 2005 deckt die Grundsicherung alle Ausgaben ab und ist etwas großzügiger als die bis dahin gültige Sozialhilfe. Einmalige Leistungen wie Erstausrüstung der Wohnung oder Finanzierung von mehrtägigen Landheimaufenthalten gibt es nur noch im Ausnahmefall. Seit August 2009 erhalten Schulkinder eine Zusatzzahlung von 100 Euro pro Jahr für schulische Ausgaben wie Ranz, Taschenrechner usw. Kinder haben allein deswegen einen anderen Bedarf als Erwachsene, etwa weil sie schneller aus Kleidung herauswachsen.

Das *Bundesverfassungsgericht* hat diese Regelsätze in seinem Urteil vom Februar 2010 für verfassungswidrig erklärt. Das „Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums“ gilt für Erwachsene und Kinder. Für Kinder können aber nicht einfach 60 (unter sechs Jahre), 70 (unter 14 Jahre) und 80 Prozent (ab 15 Jahre) vom Erwachsenenatz von 359 Euro pro Monat angesetzt werden, urteilte

das Bundesverfassungsgericht. Das seien „Schätzungen ins Blaue hinein“. Es wurden auch formale Fehler bei der Berechnung gemacht. Aus der Grundlage (Einkommens- und Verbraucherstichprobe) wurden ohne Begründung Ausgaben herausgenommen, die die Bedürftigen mutmaßlich nicht haben: für Pelze, Maßanzüge, Sportboote und Segelflugzeuge. Das Bundesverfassungsgericht kritisierte auch, dass Geld für Schulbücher, Hefte und Taschenrechner nicht berücksichtigt werden. Ohne diese Mittel drohe hilfsbedürftigen Kindern „der Ausschluss von Lebenschancen“. Das Gericht forderte den Gesetzgeber auf, bis zum 31. Dezember 2010 eine an der Realität orientierte Neuregelung zu schaffen. Die Berechnung der Regelsätze müsse nun in einem transparenten und sachgerechten Verfahren nach dem tatsächlichen Bedarf neu erfolgen. Ein konkretes Verfahren zur Neuberechnung der Regelsätze schlug das oberste Gericht nicht vor. Die Leistungen müssten auf Grundlage „verlässlicher Zahlen“ und „tragfähiger Berechnungen“ erbracht werden, sagte Hans-Jürgen Papier, Präsident des Bundesverfassungsgerichts. Die derzeitige Methode einer Stichprobe in 60.000 Haushalten sei nicht unzulässig.

Die Höhe der Unterstützung richtet sich nach dem „soziokulturellen Existenzminimum“. Es soll so hoch sein, dass Bedürftige damit am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Berechnungsgrundlage ist die „Einkommens- und Verbrauchsstichprobe“ (EVS) des Statistischen Bundesamtes. Diese wird allerdings nur alle fünf Jahre erhoben, zuletzt war das 2008 der Fall. Georg Cremer, der Generalsekretär des Deutschen Caritasverbandes schlägt vor, die Sätze wie folgt zu erhöhen: Kinder ab 14 Jahren 310 Euro, ab 6 Jahren 272 Euro und unter 6 Jahren 257 Euro. Eine Hilfe wäre es, die Regelsätze zumindest an die Inflation anzupassen. Christoph Butterwegge fordert die Erhöhung der Sätze bei Erwachsenen auf 450 Euro, bei Kindern auf 300 Euro. Die Grünen befürworten eine Erhöhung auf 420 Euro, die Linken auf 500 Euro.

Als eine Maßnahme hat die derzeitige Bundesregierung zum Jahreswechsel 2009 / 2010 das Kindergeld um 20 Euro erhöht. Kosten der Maßnahme: rund 7,5 Milliarden Euro. Experten wie der Kölner Armutsforscher Christoph Butterwegge kritisieren jedoch, dass dieses Geld vor allem Besserverdienenden zugute kommt. Sinnvoller seien Investitio-

nen in Kinderbetreuung und verbesserte Erwerbschancen für allein Erziehende und junge Familien. Ein Spitzenverdiener spart durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz derzeit jährlich 443 Euro an Steuern. Ein Normal- oder Geringverdiener erhält durch das Kindergeld aber nur 240 Euro zusätzlich. Empfänger von Grundsicherung dagegen gehen leer aus, da das Kindergeld voll auf das Arbeitslosengeld II angerechnet wird. Eine Anfrage an die soziale Gerechtigkeit.

Rentner betrifft Altersarmut nur zu einem kleineren Teil. Lediglich 2,5 Prozent der über 64-Jährigen nahmen 2008 die Grundsicherung von Hartz IV in Anspruch. Dagegen liegt der Anteil der Migranten an den 6,7 Mio. Hartz-IV-Empfängern derzeit (März 2010) bei 28 Prozent. Oft mangelt es bei ihnen an Deutschkenntnissen, an einem Schulabschluss und einer qualifizierten Ausbildung. Ein Drittel der männlichen arbeitslosen Migranten haben einen Schulabschluss, der in Deutschland nicht anerkannt wird. Hier bedarf es eines Anerkennungsgesetzes

Immer mehr Menschen der Mittelschicht haben Angst vor einem Abgleiten. Die soziale Mitte erodiert. Zur Mittelschicht zählen rund 50 Prozent aller deutschen Haushalte. Sie haben qua Definition 75–150 Prozent des Durchschnittseinkommens zur Verfügung.

Zur derzeitigen Diskussion ist folgendes anzumerken:

Die Hartz IV-Gesetze orientieren sich implizit am Negativbild des „PASSIVEN ARBEITLOSEN“, der durch eine geeignete Kombination von Fördermaßnahmen und strengen Zumutbarkeitsregeln zu reaktivieren sei. Zur freien Entfaltung der Persönlichkeit bleibt wenig Raum. Arbeitslosigkeit wird als selbst verantwortetes Resultat persönlicher Einstellungen und Entscheidungen gesehen, im Extremfall als Arbeitsunwilligkeit ausgelegt. Arbeitslose werden zu Unternehmern ihrer eigenen Beschäftigungsfähigkeit erklärt. Zu wenig in den Blick kommt der Aspekt Arbeitslosigkeit als Strukturproblem.

„Die Umdeutung der sozialen Frage in ein bloßes Mentalitätenproblem passiver Leistungsempfänger bedient sich der – immer schon problematischen – Negativklassifikation einer Gesellschaft, die so nicht mehr existiert. Sie verfehlt die spezifische Dynamik von Prekarisie-

rungsprozessen, welche zunehmend auch zuvor saturierte Schichten in gesellschaftliche Nachbarschaft zu deklassierten Gruppen bringen“ (Klaus Dörre).

In den ersten zehn Monaten des Jahres 2010 haben die Jobcenter ca. 600.000 Sanktionen gegen Hartz-IV-Bezieher verhängt. Davon waren allein 340.000 wegen versäumter Meldefristen, nur knapp 12.000 waren Sanktionen wegen der Verweigerung zumutbarer Jobs.

Laut einer Studie der Internationalen Wirtschaftsorganisation OECD gibt es in Deutschland zu wenig (finanzielle) Anreize für Langzeitarbeitslose, eine Tätigkeit aufzunehmen.

In diesem Jahr werden für die Grundsicherung Arbeitsuchender 38,7 Milliarden Euro ausgegeben, davon 24,3 Milliarden Euro für das Arbeitslosengeld II. Eine Erhöhung der Sozialleistungen erhöht zunächst einmal die Zahl der Hilfeempfänger, löst aber das Grundproblem nicht. Bares auf die Hand ist letztlich weniger effektiv wie verbesserte Rahmenbedingungen für ein eigenes Erwerbseinkommen. Zumindest in der derzeitigen gesellschaftlichen Strukturierung. Die Armuts-Studie des DIW plädiert für Hartz-IV-Leistungen mit Langzeitwirkungen: etwa Investitionen in Kinderbetreuung und verbesserte Erwerbschancen für junge Leute.

### *Zur Vertiefung*

Aus Politik und Zeitgeschichte (Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“), 33–34/2008 – 11. August 2008, Abstieg – Prekariat – Ausgrenzung.

BAG KJS (HRSG.): Jugendarmut. Materielle und soziale Exklusion junger Menschen in Deutschland. Erscheinungsformen und Auswirkungen auf die Lebenswelten Jugendlicher.

Aspekte Jugendsozialarbeit (2009) Nr. 66, 88 S.

# Soziale Gerechtigkeit

## Mehr als ein ideologischer Kampfbegriff?

*Br. Stefan Federbusch ofm*

Tauwetter widmet sich Themen, die in sich den Aspekt von Gerechtigkeit bergen. Was aber ist gerecht? Die Auseinandersetzung darüber soll hier am Beispiel der „Sozialen Gerechtigkeit“ verdeutlicht werden.

Die Frage der sozialen Gerechtigkeit wird erst in der zweiten Hälfte des 20. Jh. zu einer politischen Forderung. Sie hängt zusammen mit dem Ausbau des Staates zum Wohlfahrtsstaat. Bei der Verteilung der Güter und Lasten soll es zu keiner systematischen Bevorzugung oder Benachteiligung einzelner Gruppen kommen (Unparteilichkeit). Das **GLEICHHEITSPRINZIP** besagt, dass die bestehenden Verteilungsregeln auf alle gleich angewandt werden sollen. Der Einzelne kann seine Rechte geltend machen. Dies betrifft die Rechtsprechung und das Erwerbssystem, das Bildungssystem und das Gesundheitswesen sowie die sozialen Sicherungssysteme. Für sie gelten das **BEDARFSPRINZIP**, d.h. die Sicherung einer minimalen oder „angemessenen“ Deckung von Grundbedürfnissen und das **ANRECHTSPRINZIP**, d.h. um in der Vergangenheit erworbene Anrechte unabhängig von aktuell erbrachter Leistung. Das **LEISTUNGSPRINZIP** hingegen verlangt die Belohnung individueller Anstrengungen und Leistungen.

Die Streitfrage ist die jeweilige Gewichtung zueinander und Ausgestaltung dieser Prinzipien. Da der Terminus „soziale Gerechtigkeit“ zum Sozialstaatswert schlechthin geworden ist, bedeutet jede Infragestellung zugleich einen Angriff auf den Sozialstaat insgesamt. Wie die Debatte dieses Frühjahrs zeigt, gerät soziale Gerechtigkeit zum

Kampfbegriff, der schnell für parteiideologische Interessen missbraucht wird und kaum noch das Gemeinwohl im Blick hat. Generell geht es um das Verhältnis von Markt und Staat. Von „Leistung muss sich wieder lohnen“ und der Forderung, Steuern zu senken (Weniger Staat) auf der einen Seite bis hin zu „Höhere Steuern für Reiche“ (Mehr Staat) reicht die Palette der Meinungen. Wie viel Geld seines Haushaltes kann und will der Staat in die Sozialausgaben und Transferleistungen stecken?

Die Frage der sozialen Gerechtigkeit ist eine Frage der Perspektive und der politischen Einstellung. Hohe Einkommensunterschiede sind nur dann ungerecht, wenn damit eine zumindest annähernde **ERGEBNISGLEICHHEIT** verbunden wird. Anders sieht es aus, wenn man der Überzeugung ist, dass die Einkommensverteilung die **INDIVIDUELLE LEISTUNGSFÄHIGKEIT** widerspiegeln sollte. In einer reinen Marktwirtschaft können Ungleichheiten nicht Gegenstand von Gerechtigkeitserwägungen sein, da sie systemimmanent sind. Erst einer sozialen Marktwirtschaft stellt sich diese Frage, die zumindest in Teilen durch bewusste staatliche Steuerung beeinflusst wird.

Zu unterscheiden ist des weiteren die **FORMALE FORDERUNG** nach sozialer Gerechtigkeit im Sinne einer **OBJEKTIVEN NORM VON DEN SUBJEKTIVEN GERECHTIGKEITSVORSTELLUNGEN** der Bürger. Die Finanzkrise seit September 2008 beispielsweise hat dazu geführt, dass Managergehälter (und millionenschwere Bonuszahlungen) von weiten Teilen der Bevölkerung als ungerecht angesehen werden. Äußerungen wie die des Deutschland-Chefs von Goldman Sachs: „Banken, besonders private und börsennotierte Institute, haben keine Verpflichtung, das Gemeinwohl zu fördern“ tragen zum Eindruck von Gier bei. Dass Eigentum verpflichtet, ist eine grundgesetzliche Feststellung und Forderung.

Der Anteil der in Deutschland lebenden Menschen, die der Überzeugung sind, im Vergleich zu anderen keinen gerechten Anteil zu erhalten, betrug 2008 im Westen 44 % und im Osten 57 %. Je tiefer die Lebenslage, desto geringer ist auch die Lebenszufriedenheit und um so höher der Anteil der gefühlten Ungerechtigkeit. Die Wohlstandsverteilung beurteilten 79 % der Westdeutschen und 85 % der Ostdeutschen als ungerecht. Dreiviertel aller Befragten meinen, dass die soziale

Gerechtigkeit abgenommen habe. In diesen Daten liegt eine große soziale Brisanz und politische Herausforderung. Es geht also um die Verteilung von Rechten und Pflichten, von Gütern und Lasten sowie die Teilhabemöglichkeit am gesellschaftlichen Leben. Die Verteilung von Einkommen und Vermögen hängt eng zusammen mit dem Zugang zu Bildung, Kultur und politischer Teilnahme. Die verschiedenen Pisa-Studien haben gezeigt, dass das Gleichheitsprinzip des Rechts auf Bildung zwar formal gegeben sein mag, praktisch aber nicht besteht. Kinder mit Migrationshintergrund haben weitaus schlechtere Bildungschancen als Kinder aus deutschen Herkunftsfamilien.

Wichtig ist auch zu sehen, dass die oben genannten vier Prinzipien auf verschiedene gesellschaftliche Teilbereiche mit unterschiedlichem Schwerpunkt angewandt werden. In der Ökonomie gilt eher das Leistungsprinzip, im Gesundheitswesen das Bedarfsprinzip und in der Familie das Gleichheits- und Bedarfsprinzip. Hinzu kommt, dass die persönliche Situation eine unterschiedliche Präferenz der Prinzipien hervorruft: Menschen mit hohem Einkommen werden das Leistungsprinzip betonen, Menschen mit niedrigem Einkommen das Bedarfs- und Gleichheitsprinzip. Welches Prinzip der Gerechtigkeit bevorzugt wird, hängt auch mit dem Verständnis von Gesellschaft ab. Je enger soziale Bindungen sind, desto mehr zählt das Bedarfsprinzip, je lockerer die Beziehungen im Sinne eines Marktgeschehens sind, desto mehr tendieren die Akteure zum Leistungsprinzip. Je nach politischem Standort wird dem Staat die Aufgabe der Bedarfsdeckung (und Einkommensumverteilung) oder der Realisierung der Leistungsgerechtigkeit zugeschrieben.

Zunehmend an Gewicht gewinnt seit den 90er Jahren des letzten Jh. die **TEILHABEGERECHTIGKEIT**, mit dem Auftrag an den Staat, Benachteiligungen auszugleichen und allen Bürgern eine Beteiligung am sozialen, kulturellen, ökonomischen und politischen Leben zu sichern. Der Einzelne soll befähigt werden, seine individuellen Lebensziele zu verwirklichen. Die Tendenz spiegelt gesellschaftliche Entwicklungen wider. Bedarfsgerechtigkeit setzt eine Solidargemeinschaft voraus, die auf zumindest ähnlichen Identitäten beruht (Familie, Religion usw.) und so nicht mehr besteht. Leistungsgerechtigkeit ist fragwürdig angesichts

unberechenbarer „Zufälle“ von wirtschaftlicher Entwicklung, Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfällen usw.. Sie ist insofern von vorneherein ungleich, da sie die ungleichen Voraussetzungen der einzelnen Menschen (Herkunft, Fähigkeiten) unberücksichtigt lässt. Eine einseitige Orientierung am Markterfolg ist zudem nicht am Können des Menschen ausgerichtet, sondern an Angebot und Nachfrage.

Umstritten bleibt die Frage, welche Gegenleistungen für eine solche Teilhabegerechtigkeit erbracht werden sollen. Für die Zeitschrift „Stern“ befragte das Forsa-Institut 1.001 Frauen und Männer. Eine große Mehrheit (72 %) der Deutschen befürwortet nach dieser repräsentativen Umfrage, dass Hartz-IV-Empfänger zu gemeinnütziger Arbeit verpflichtet werden. Damit könnte ihrer Ansicht nach eine Gegenleistung für die staatliche Unterstützung erbracht werden. Nur 24 % lehnen eine solche Arbeitspflicht ab. Die stärkste Zustimmung kommt von Anhängern von FDP (88 %) und Union (87 %). Aber auch die Wähler von SPD (58 %), Grünen (56 %) und der Linken (51 %) sind mehrheitlich für die Arbeitsverpflichtung. „Wir müssen jedem Hartz-IV-Empfänger abverlangen, dass er als Gegenleistung für die staatliche Unterstützung einer Beschäftigung nachgeht, auch niederwertige Arbeit, im Zweifel in einer öffentlichen Beschäftigung“, so die Auffassung des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch. Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Jürgen Rüttgers lehnt dagegen Kochs Vorschlag ab: „Ich weiß nicht, wie man da weiterkommen will, wenn keine Arbeitsplätze da sind – und wir haben ja Probleme auf dem Arbeitsmarkt angesichts der Krise – nützt eine gesetzliche Pflicht überhaupt nicht. Was wir brauchen sind entsprechende Fördermaßnahmen, damit die Leute wieder eine Stelle finden.“

Ein Modell zu mehr Teilhabegerechtigkeit bildet die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens, das im folgenden Beitrag näher vorgestellt wird.

### *Zur Vertiefung*

Aus Politik und Zeitgeschichte (Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“), 47/2009 – 16. November 2009, Soziale Gerechtigkeit.



# Bedingungsloses Grundeinkommen

## Ein universelles soziales Menschenrecht

*Netzwerk Bedingungsloses Grundeinkommen*

*Die folgenden Informationen sind der Homepage  
des Netzwerks Grundeinkommen entnommen, das  
am 9. Juli 2004 gegründet wurde.  
Quelle: [www.grundeinkommen.de](http://www.grundeinkommen.de)*

### **Ausgangslage**

Die Produktivitätssteigerungen seit Beginn der industriellen Revolution haben sich im 20. und zu Beginn des 21. Jahrhunderts ständig fortgesetzt, was zu leistungsfähigeren Volkswirtschaften und zu einem höheren Lebensstandard ihrer Bevölkerungen geführt hat. Die Produktivität, die in Gesellschaften materieller Unterversorgung zunehmenden Wohlstand brachte, führt in Volkswirtschaften mit gesättigten Märkten dazu, dass der Einsatz von Arbeitskraft in vielen Bereichen immer überflüssiger wird. Das bedeutet: einerseits gesellschaftlichen Reichtum und Überfluss sowie die Möglichkeit, Wohlstand für alle zu schaffen, andererseits strukturelle Arbeitslosigkeit. Gesellschaften mit hochproduktiven Volkswirtschaften haben noch nicht gelernt, damit umzugehen. Sie beklagen deshalb, dass Arbeitsplätze wegrationalisiert werden. Die Chance von hochproduktiven Gesellschaften liegt darin, allen Menschen ein bedingungsloses Grundeinkommen zukommen zu lassen.

## WAS IST DAS BEDINGUNGSLOSE GRUNDEINKOMMEN?

Das bedingungslose Grundeinkommen bezeichnet eine gesellschafts-politische und wirtschafts-politische Idee, nach der jede Bürgerin, jeder Bürger einen gesetzlichen Anspruch auf eine bedingungslose monetäre Grundversorgung durch das politische Gemeinwesen haben soll. Es ist ein universelles soziales Menschenrecht.

## WELCHE GRUNDELEMENTE UMFASST EIN BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN?

Es soll

- ▶ die Existenz sichern und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen,
- ▶ einen individuellen Rechtsanspruch darstellen,
- ▶ ohne Bedürftigkeitsprüfung ausgezahlt werden und
- ▶ keinen Zwang zur Arbeit bedeuten.

## WARUM BRAUCHEN WIR DAS BEDINGUNGSLOSE GRUNDEINKOMMEN?

Durch technischen Fortschritt sind wir heute in der Lage, alle benötigten Güter und Dienstleistungen zu erstellen. Die Drohung der Armut, ein Anachronismus angesichts nie da gewesenen Reichtums, wird durch das Grundeinkommen für alle abgeschafft.

Aus sozialen, ethischen und humanistischen Gründen ist es absolut unabdingbar, dass dieser heute vorhandene wirtschaftliche Gesamt-reichtum zu einer globalen, qualitativ veränderten Wohlstandspolitik für alle Menschen genutzt wird.

Die Freiheit aller Menschen, ihr Leben eigenverantwortlich zu gestalten, wird durch das Grundeinkommen gestärkt. Bislang unbezahlte Tätigkeiten werden finanziell abgesichert. Auch die Unternehmen gewinnen: motivierte MitarbeiterInnen, mehr Risikobereitschaft aufgrund der Einkommenssicherheit. Das bedingungslose Grundeinkommen stabilisiert die Kaufkraft und kann somit Konjunkturkrisen abfedern.

Auch praktische Gründe sprechen für ein bedingungsloses Grundeinkommen. Die Sozialversicherungssysteme finanzieren sich bisher im Wesentlichen aus Beiträgen der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten. Anrecht auf eine auskömmliche soziale Absicherung hatten deshalb bis vor wenigen Jahren nur jene, die regelmäßig Sozialbeiträge aus ihrem Erwerbseinkommen gezahlt hatten. Heute, unter den Bedingungen von Hartz IV, ist nicht einmal mehr dies gesichert. In Zeiten der weithin niedrig bezahlten Jobs, der Leih- und Teilzeitarbeit auf begrenzte Dauer, der Scheinselbständigkeit und der anderen prekären Formen „neuer Arbeit“ muss das Sozialsystem erneuert werden. Soziale Sicherheit für alle gilt es neu zu gewinnen. Das durch Steuern finanzierte bedingungslose Grundeinkommen bietet den Weg dorthin.

## **STATUTEN DES NETZWERKS GRUNDEINKOMMEN**

### **PRÄAMBEL**

Das Netzwerk Grundeinkommen ist ein Zusammenschluss von Einzelpersonen, Organisationen und Initiativen mit dem Ziel, ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle Menschen einzuführen,

- ▶ das existenzsichernd ist und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht,
- ▶ auf das ein individueller Rechtsanspruch besteht,
- ▶ das ohne Bedürftigkeitsprüfung und
- ▶ ohne Zwang zu Arbeit oder anderen Gegenleistungen garantiert wird.

Das Grundeinkommen soll dazu beitragen, Armut und soziale Notlagen zu beseitigen, den individuellen Freiheitspielraum zu vergrößern sowie die Entwicklungschancen jedes Einzelnen und die soziale und kulturelle Situation im Gemeinwesen nachhaltig zu verbessern.

## **ZIELE, AUFGABEN UND VERNETZUNG DES NETZWERKS GRUNDEINKOMMEN**

Das Netzwerk Grundeinkommen fördert die Diskussion verschiedener Grundeinkommensmodelle unter Berücksichtigung der oben erwähn-

ten vier Kriterien. Es führt die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit politischen Entscheidungsträgern, Wirtschafts- und Sozialverbänden, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und anderen relevanten Organisationen. Zugleich unterstützt es die wissenschaftliche Debatte zum Grundeinkommen und den damit zusammenhängenden Fragen. Ziel des Netzwerks ist es, das Grundeinkommen in einem möglichst breiten gesellschaftlichen Bündnis einzuführen.

Das Netzwerk Grundeinkommen arbeitet mit den Grundeinkommensbewegungen in anderen Ländern zusammen und unterstützt die weltweite Verbreitung der Idee entsprechend den oben angeführten vier Kriterien. Das Netzwerk Grundeinkommen ist Mitglied des Basic Income Earth Network (BIEN).

## **DIE IDEE**

Ein Grundeinkommen ist ein Einkommen, das bedingungslos jedem Mitglied einer politischen Gemeinschaft gewährt wird. Es soll die Existenz sichern und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen, einen individuellen Rechtsanspruch darstellen, ohne Bedürftigkeitsprüfung ausgezahlt werden, keinen Zwang zur Arbeit bedeuten.

Das Grundeinkommen stellt somit eine Form von Mindesteinkommenssicherung dar, die sich von den zur Zeit in fast allen Industrienationen existierenden Systemen der Grundsicherung wesentlich unterscheidet. Das Grundeinkommen wird erstens an Individuen anstelle von Haushalten gezahlt, zweitens steht es jedem Individuum unabhängig von sonstigen Einkommen zu, und drittens wird es gezahlt, ohne dass Arbeitsleistung oder Arbeitsbereitschaft verlangt wird.

Für ein Grundeinkommen werden viele Argumente angeführt: Die Autonomie der Bürgerinnen und Bürger (mehr Autonomie für Unternehmerinnen und Unternehmer durch deren Befreiung von der Verantwortung als „Arbeitgeber“, mehr Autonomie für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch die grundsätzliche Verfügbarkeit der Möglichkeit der Nicht-Erwerbstätigkeit bzw. einer sinnvollen Tätigkeit außerhalb der Erwerbsarbeit, mehr Autonomie für Eltern durch die größere

Einkommensunabhängigkeit usw.), die Verteilungsgerechtigkeit, der Anreiz zu größerer Wertschöpfung und Rationalisierung, die Flexibilität des Arbeitsmarktes, die Effizienz des Sozialstaates, die Wahrung der Würde aller Menschen und die Beseitigung von Stigmatisierungen vor allem bei den gegenwärtig Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern, die Humanisierung der Arbeit, die Förderung der Bildung, die Stärkung der Familien und die Steigerung der Geburtenrate, die Förderung von Existenzgründungen wie auch von ehrenamtlichen Tätigkeiten, die Förderung von Kreativitätspotenzialen durch die Möglichkeit der Muße und vieles anderes mehr.

Diese guten Gründe für ein Grundeinkommen gelten in jeder Gesellschaftsordnung und bei Vollbeschäftigung ebenso wie bei Arbeitslosigkeit. Aber es ist das Scheitern aller bisherigen Versuche zur Lösung des Problems der Massenarbeitslosigkeit, welches in den letzten Jahrzehnten dazu geführt hat, dass die Grundeinkommensidee quer durch Europa und die Welt von einer wachsenden Zahl von Bürgerinnen und Bürgern, in der Wissenschaft und in Organisationen ernst genommen wird.

Es gibt eine große Bandbreite von Modellvorschlägen. Sie unterscheiden sich in der konkreten Höhe des Grundeinkommens, in den Quellen seiner Finanzierung, in der Art und Größe der Einsparung anderer Transferzahlungen und in vielen weiteren Einzelheiten.

Viele namhafte europäische und außereuropäische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben sich für ein Grundeinkommen ausgesprochen, unter ihnen zwei Nobelpreisträger der Wirtschaftswissenschaften. In einigen Ländern beginnen Spitzenpolitikerinnen und -politiker, auch von Regierungsparteien, die Grundeinkommensidee offen zu unterstützen. Gleichzeitig wächst die Literatur zu den ökonomischen, gesellschaftlichen, politischen und rechtlichen Aspekten des Grundeinkommens wie auch die Zahl derer, die ein Grundeinkommen befürworten oder sich dafür interessieren. In der ganzen Welt werden mehr und mehr Grundeinkommensnetzwerke gegründet.

In Deutschland nimmt seit der Verabschiedung der Hartz-IV-Gesetze Mitte 2004 das Interesse am Grundeinkommensvorschlag

stark zu. Er wird als grundlegende Alternative zur Politik des Druckausübens auf Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger gesehen. 2004 wurde das deutsche Netzwerk Grundeinkommen gegründet. Es wurde auf dem 10. Kongress des Basic Income Earth Network (BIEN) im September 2004 als Mitglied anerkannt.

### *Hinweis*

Auf der Homepage [www.grundeinkommen.de](http://www.grundeinkommen.de) werden die folgenden Begriffe näher erläutert:

Grundeinkommen oder Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE), Sozialdividende, Existenzgeld, Negative Einkommensteuer (NES), Bürgergeld und Grundsicherung. Es finden sich 25 Fragen zu den Themenkreisen Gerechtigkeit, Grundeinkommen und Sozialsystem, Vollbeschäftigung, Mindestlöhne und Grundeinkommen, Finanzierbarkeit sowie Politische Durchsetzbarkeit.

### *Videobeiträge*

Die großen Vordenker des Grundeinkommens

<http://www.youtube.com/watch?v=tmWJbF4aiVo>

Grundeinkommst du schon?

[http://www.youtube.com/watch?v=rTtVHPKt\\_Gs](http://www.youtube.com/watch?v=rTtVHPKt_Gs)

Grundeinkommen einführen, aber wie?

<http://www.youtube.com/watch?v=xqHrZpD74Ik>

Steuer gegen Armut. Eine gute Idee?

[http://www.youtube.com/watch?v=laS\\_UOGbOmU](http://www.youtube.com/watch?v=laS_UOGbOmU)

### *Literaturhinweis*

Publik-Forum Dossier, Ein Grund zum Leben. Die Vision eines Grundeinkommens für alle, Oberursel Januar 2009.

## WAS IST „GRUNDEINKOMMEN“?

Ein Grundeinkommen ist ein Einkommen,

- ▶ das bedingungslos jedem Mitglied einer politischen Gemeinschaft gewährt wird
- ▶ das die Existenz sichern und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen soll
- ▶ das einen individuellen Rechtsanspruch ohne Bedürftigkeitsprüfung darstellt
- ▶ das keinen Zwang zur Arbeit bedeutet, aber jedem die Möglichkeit dazu offen lässt.

Das Grundeinkommen stellt somit eine Form von Mindesteinkommenssicherung dar, die sich von den zur Zeit in fast allen Industrienationen existierenden Systemen der Grundsicherung wesentlich unterscheidet. Das Grundeinkommen wird erstens an Individuen anstelle von Haushalten gezahlt, zweitens steht es jedem Individuum unabhängig von sonstigem Einkommen zu, und drittens wird es gezahlt, ohne dass Arbeitsleistung dafür verlangt wird.

Viele gute Gründe für ein Grundeinkommen gelten in jeder Gesellschaftsordnung und bei Vollbeschäftigung ebenso wie bei Arbeitslosigkeit. Aber es ist das Scheitern aller bisheriger Versuche zur Lösung des Problems der Massenarbeitslosigkeit, welches in den letzten Jahrzehnten dazu geführt hat, dass die Grundeinkommensidee quer durch Europa und die Welt von einer wachsenden Zahl von Bürgerinnen und Bürgern, in der Wissenschaft und in Organisationen ernst genommen wird.

Es gibt eine große Bandbreite von Modellvorschlägen. Sie unterscheiden sich in der konkreten Höhe des Grundeinkommens, in den Quellen seiner Finanzierung, in der Art und Größe der Einsparung anderer Transferzahlungen und in vielen weiteren Einzelheiten.

In Deutschland nimmt seit Verabschiedung der Hartz IV-Gesetze Mitte 2004 das Interesse am Grundeinkommensvorschlag stark zu. Er wird als grundlegende Alternative zur Politik des Druckausübens auf Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger gesehen. 2004 wurde das deutsche Netzwerk Grundeinkommen gegründet, nähere Informationen dazu unter [www.grundeinkommen.de](http://www.grundeinkommen.de).

# Einige Kritische Anfragen zum Konzept des „Bedingungslosen Grundeinkommens“

*Sr. Veronika Fricke osf*

Die nachstehenden Fragen sind nicht als grundsätzliche Kritik und absolute Ablehnung des „bedingungslosen Grundeinkommens“ zu verstehen. Diese Einwürfe wollen zu einer weiteren Diskussion anregen und möglicherweise einige Selbstverständlichkeiten hinterfragen und zu einer kritischer Auseinandersetzung anregen.

## DIE FRAGE DER KOSTEN

Ein Teil der gegenwärtigen Kosten des Staates für Sozialleistungen bleiben auch mit dem bedingungslosen Grundeinkommen bestehen. Menschen mit speziellen Problemen sind weiterhin auf zusätzliche Leistungen des Staates angewiesen (z.B. Menschen mit Behinderungen, kranke, pflegebedürftige oder betagte Menschen, Obdachlose, Menschen, die sich schwer tun, für sich selber zu sorgen, ...). Damit werden die bisherigen Transferleistungen nicht 1:1 in das bedingungslose Grundeinkommen einfließen.

Einige gesellschaftliche Probleme lassen sich mit dem bedingungslosen Grundeinkommen alleine nicht lösen. Es bedarf dazu weiterer flankierender Maßnahmen und Finanzierungen (z. B. Menschen in der dritten Generation Sozialhilfe; schwer in Arbeit zu vermittelnde Jugendliche; ...).



Es gibt immer mehr ältere Menschen, die sich zum einen weniger für die Gesellschaft einsetzen können und zum anderen über das Grundeinkommen hinausgehenden Beschäftigungen nicht mehr nachgehen können. Damit kann eine große Gruppe nicht zu Steuerzahlungen beitragen. Der demografische Wandel in unserer Gesellschaft führt wahrscheinlich zu einer Finanzierungslücke und zu einer weiteren Überschuldung des Staates.

Höhere Schulden des Staates führen zum Problem der Generationengerechtigkeit. Die aktuelle Generation baut zu Lasten der zukünftigen Generation Schulden auf.

Das Problem der Beschäftigungslosigkeit bleibt weiter bestehen und es gibt weiterhin nicht für alle Menschen die Möglichkeit des Hinzuverdienens.

#### DIE FRAGE DER BEGÜNSTIGTEN – WER GEHÖRT ZUM PERSONENKREIS, DER EIN GRUNDEINKOMMEN ERHÄLT

Was geschieht mit den Menschen, die nicht in das System passen, wie z.B. Migranten ohne deutsche Staatsangehörigkeit oder Straftäter, Obdachlose ohne festen Wohnsitz? Können Menschen vom bedingungslosen Grundeinkommen ausgeschlossen werden (Antidiskriminierungsgesetz)?

Wie ist das Problem der legalen und illegalen Zuwanderung in ein Land, das das bedingungslose Grundeinkommen zahlt zu regeln? Viele Menschen außerhalb des Landes, das es einführt, werden sich für ein solches Konzept interessieren und daran teilhaben wollen.

Wie sind Deutsche zu betrachten, die ihren festen Wohnsitz im Ausland haben und somit nichts in die Gesellschaft einbringen, da sie räumlich nicht anwesend sind. Erhalten sie aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit das Grundeinkommen, können sie dies einklagen (Gleichheitsgrundsatz)?

## DIE FRAGE DER UMSETZBARKEIT EINES VOLLSTÄNDIGEN SYSTEMWECHSELS

Unsere derzeitige Gesellschaft ist von Konsum- und Leistungsdenken geprägt. Einen Lebensstil, der Zeit, soziale Verantwortung und Gemein-sinn als erstrebenswert sieht, ist weniger verbreitet.

Das bedingungslose Grundeinkommen funktioniert nur mit aktiv übernommenen Werten wie Gemeinwesenorientierung, Gemeinschaftsarbeit, Wir-Gefühl, bürgerschaftliches Engagement, Mitdenken und Denken in größeren Kategorien als dem individuellen Vorteil.

Das führt zu folgenden Fragen: Was ist individuell entbehrlich? Worauf verzichten wir als größere Gruppe bereitwillig? Welche Werte stehen dafür und dagegen?

Es bedarf einer langfristigen Bildung und Erziehung als Vorbereitung auf solch einen Systemwechsel.

Bislang gibt es keine reale, umfassende Studie bzw. keine Model-lerprobung auf breiter Ebene über ausreichend lange Zeit. Die vorlie-genden Studien geben wenig Hinweise auf die Realisierbarkeit, die möglichen Probleme und Chancen.

Dem gegenwärtigen Gesellschaftssystem liegt das Subsidiarität-sprinzip zugrunde. Das Konzept des bedingungslosen Grundeinkom-mens basiert auf dem Staatsprinzip. Die subsidiäre Verantwortung (Familie, Vermögen, Eigeninitiative) geht damit möglicherweise verlo-ren. Der Staat wird zum Alles-Fürsorger in Form des Grundeinkommens für Grundbedürfnisse. Jeder bekommt das Mindeste zum Leben per se, darüber hinausgehende Leistungen sind in das Engagement des einzel-nen gestellt.

Die staatliche Regulierung kann als Entmündigung verstanden werden und zu fehlenden Anreizen führen, Eigenaktivitäten zu mobili-sieren. Der Versorgungsgedanke war auch im sozialistischen Staatsmo-dell handlungsleitend. Jeder Mensch hatte z.B. ein Recht auf Arbeit. Das Modell hat langfristig nicht funktioniert. Es hat sich durch verschieden-sten Missbrauch und Engpässe ad absurdum geführt.

## DIE FRAGE NACH DER ERLEDIGUNG VON ARBEITEN, DIE NICHT ANGESEHEN SIND

Wie funktioniert eine Gesellschaft mit all den unangenehmen Arbeitsbereichen, die niemand gerne erledigt, wenn jeder Bürger grundsätzlich das Nötigste zum Leben hat? Von wem werden die sozialen Aufgaben wie Kranken- und Altenpflege, Arbeit mit Randgruppen bzw. schwer auffälligen Menschen erledigt und finanziert? Von wem werden die allgemeinen Aufgaben wie die der Polizei, in Gefängnissen, als Lehrer in schwierigem Umfeld, bei der Müllabfuhr, etc. getan? Welche Anreizsysteme müssen geschaffen werden und funktionieren?

## DIE FRAGE DER GERECHTIGKEIT

Der eigentliche Gerechtigkeitsbegriff - gerecht ist, was dem Einzelnen entspricht – kann vom Staat nicht im Rahmen von Transferleistungen bzw. durch das Grundeinkommen umgesetzt werden, da er nur mit objektiven Begriffen operieren kann. Das staatliche Pauschalsystem geht vom Gerechtigkeitsgedanken aus, dass alle das gleiche erhalten. Ein einheitlicher Satz kann jedoch nicht als gerecht verstanden werden. Das für alle Bürger gleiche bedingungslose Grundeinkommen ist z.B. ungerecht in Hinsicht auf Städte - ländliche Gegenden, Ost - West etc. Der Bedarf der einzelnen Bevölkerungsgruppen ist entsprechend dieser Differenzierungen sehr unterschiedlich. Der Staat ist nicht in der Lage, der „Individualität“ gerecht zu werden.

Wird ein Grundeinkommen den spezifischen Bedürfnissen von Behinderten, Wohnungslosen, Drogenabhängigen ... gerecht? Das Pauschalsystem ist ohne zusätzliche Leistungen, Begleitmaßnahmen möglicherweise ungerechter als das derzeitige Pauschalsystem. Es gibt keine „einfachen“ Lösungen. Verbesserungen zu bedarfsgerechten Lösungen in den derzeitigen Transferleistungen erscheinen auch jetzt schon im bestehenden System möglich, wenn sie eine politische Mehrheit erhalten.

DIE FRAGE NACH DEM IDEALEN, KREATIVEN  
UND SOZIALEN MENSCHEN

Von welchem Menschenbild geht das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens aus?

*Ist der Mensch selbstlos, aus sich kreativ oder denkt er zuerst an sich?*

*Ist er an sich motiviert, sich für das Gemeinwesen einzusetzen?*

*Benötigt der Mensch Anreizsysteme, um auch unbequeme Dinge zu tun?*

*Welche Anreize sind nötig?*

*Wie steht es mit der Gier des Menschen und mit unsozialem Verhalten?*

# Indianische Denkanstöße zum Thema „Bedingungsloses Grundeinkommen“

*Br. Joachim Wrede ofmcap*

**UNSERE GESELLSCHAFTLICHE SITUATION** gibt seit langer Zeit Anlass zum Nachdenken. Wir spüren: Die weltweite Krise mit dem Rezept dagegen: Globalisierung der Weltwirtschaft als freie Wirtschaft ohne Schranken, ist zum Scheitern verurteilt, weil die Notwendigkeiten der wachsenden Zahl verarmter Menschen nicht in Betracht gezogen werden. Durchhaltenparolen und Hoffnung auf Wachstum in naher Zukunft rufen eher Skepsis hervor. Ohne einschneidende Änderungen kann es nicht weitergehen.

Erzbischof Bartolomé Carrasco (+1999), ein weiser Prophet auf der Seite der Armen und Indios aus Mexiko brachte es vor Jahren auf den Punkt: „**WIR STEHEN AN EINER WENDE IN DER MENSCHHEITSGESCHICHTE:** Es geht heute nicht mehr nur darum, das Haus Menschheit zu renovieren – etwa die Fenster oder die Dachpfannen auszutauschen –, sondern das **HAUS MENSCHHEIT MUSS GANZ NEU GEBAUT WERDEN.**“

Um einen wichtigen Stein zu diesem Neubau ging es uns im diesjährigen Infag-Grundlagenseminar mit dem Thema: „Bedingungsloses Grundeinkommen“. Immer wieder kamen mir Beispiele meines missionarischen Einsatzes bei den Mixtecos in den Sinn. In vierzehn Jahren missionarischer Tätigkeit in indianischen Dörfern Südmexikos hatte ich die Möglichkeit, in eine faszinierend menschliche Kultur und tiefe Reli-

giosität einzutauchen. „Schreib doch mal etwas für „Tauwetter“!“ hieß es nun. Um es vorwegzunehmen, ein Grundeinkommen im direkten Sinn gibt es nicht bei den Indios (die indianische Form des Handels ist der Tausch von Gütern, die europäische Geldwirtschaft ist dem Indio suspekt geblieben), aber es gibt, kulturell verankert, organisierte und gelebte Solidarität.

**ZENTRALER BEZUGSPUNKT, UM DEN ALLES KREIST IN DER INDIANISCHEN GESELLSCHAFT, IST GEMEINSCHAFT / DORF. DORF ODER DORFVERBAND HEISST: LEBENSGEMEINSCHAFT / SCHICKSALSGEMEINSCHAFT / SOLIDARGEMEINSCHAFT.** Hier im überschaubaren Rahmen wird alles geregelt. Man macht sich verantwortlich für Ökonomie, Kultur / Religion, Soziales. Regeln aus der Tradition (costumbres) bestimmen das Zusammenleben. Sie werden aber auch kreativ erweitert, angepasst an neue Verhältnisse. In der Dorfversammlung wird zur Diskussion gestellt und abgestimmt – und zwar recht demokratisch in der politischen Welt Mexikos, die von Wohlmeinenden als gelenkte Demokratie, von Kritikern gar als Diktatur bezeichnet wird.

**DORFAUTORITÄTEN** werden in der Versammlung aller für ein Jahr gewählt. Der Bürgermeister hat als Vater, Mutter, Organisator, Schlichter, Beschützer ... Sorge zu tragen für die 10 bis 150 Familien seines überschaubaren Dorfes. Das indianische Dorf ist dem Einzelnen Bezugsrahmen. Ohne ihn fehlt ihm Wesentliches. Er ist zugleich Großfamilie, Welt im Kleinen aber auch Abbild des ganzen Kosmos (was hier geschieht muss auch in der großen Welt gültig sein können).

#### MAN HAT DAS ZUM LEBEN NOTWENDIGE

Auf kargen Böden lässt sich nur bedingt Landwirtschaft betreiben. Tauschen und Handeln kommen dazu, um die Existenz zu sichern. **DABEI LEGT ES DER INDIO NICHT DARAUF AN, GROSSE VORRÄTE ANZULEGEN.** Das ist einem Europäer nicht leicht zu vermitteln – hat etwas Franziskanisches, Mystisches (Gott sorgt).

**GRUND UND BODEN KANN MAN NICHT BESITZEN.** Die einzelne Familie bekommt von der Gemeinde Parzellen zugeordnet, so wie sie sie

bewirtschaften kann und will. Besitzen kann man den Acker nicht. Die Erde gilt als heilig, sie ist gleichsam unsere Mutter. Sie ist ein perfektes Bild Gottes: wir sind von ihr genommen, leben von ihr und einmal nimmt sie uns auch wieder auf. Man verehrt sie direkt. Sie auszubeuten durch übermäßigen Anbau oder Bergbau, sie zu zwingen, Schlechtes hervorzubringen wie Drogen, heißt, sie zu missbrauchen. Beeindruckend ist es, bei einer ihrer Zeremonien dabei sein zu dürfen. Beim Tanz zu ihren Ehren wird sie sanft mit den Füßen gestreichelt. Unwillkürlich erinnerte ich mich an Texte, in denen die mystische Verbundenheit des Hl. Franz mit der Schöpfung beschrieben wird. Ein erfahrener Priester weihte uns ein: „Der Indio spürt die Kraft, die von der Erde ausgeht“. Überhaupt **KREIST DAS GANZE LEBEN UND DENKEN DES INDIANISCHEN MENSCHEN UM DIE RELIGION**. Gott ist erfahrbar im Banalen und im Großen – kurz: in allem, was geschieht. Beim Backen des Maisfladens, bei der Arbeit auf dem Feld, bei der Gemeinschaftsarbeit, auch in Krankheit, Not, Sterben...

## TEQUIO

Als Tequio bezeichnet man organisierte, gemeinsame Arbeitseinsätze zum Wohl aller. Wird eine Straße gebaut, ein Versammlungsraum für die Gemeinschaft usw. so heißt das, viele Stunden Gemeinschaftsarbeit leisten für jeden volljährigen, arbeitsfähigen Mann. Frauen werden zum Essenkochen für die Arbeitenden verpflichtet und haben auch für sie spezielle Arbeitsfelder.

„Das ist unser Rathaus, unsere Kirche ... darauf sind wir stolz, daran hängt unser Herz.“ Man kann sich vorstellen, dass es etwas anderes ist, etwas gemeinsam zu Wege gebracht zu haben und einiges an Schweiß und Mühen investiert zu haben, als fertige Konstruktionen von der Regierung dahin gesetzt bekommen zu haben.

**DER INDIANISCHE MENSCH LIEBT SEINE FREIHEIT**. Nur in Notfällen benutzt man staatliche Hilfen, wie die Schule oder einen Arzt. Allzu sehr weiß man, wie gern der Staat „den kleinen Finger möchte“ um später „die ganze Hand zu nehmen“. Die indianische Sprache bildet einen

gewissen Schutzraum für ein seit Jahrhunderten gebeuteltes Volk - hält Fremdinteressen auf kalkulierbaren Abstand.

Auch die **ÄLTEREN MENSCHEN** haben hier, wie in allen Dingen der Gemeinschaft **NOCH EINE WICHTIGE AUFGABE**. Das wurde mir klar, als sich jemand über einen alten Mann beklagte: „Natürlich erwarten wir nicht von Don Pedro, daß er noch Steine schleppt für die Konstruktion des Wasserbehälters, aber, daß er sich nicht zu uns setzt und uns ermutigt beim Arbeiten, das darf nicht sein. Er ist sehr egoistisch.“

#### DIENTE AN DER GEMEINSCHAFT

Dienste und Ämter, angefangen vom Bürgermeister über Räte, Polizisten, Zuständige für spezielle Kommissionen, Sakristane, Katechisten usw. sind **EHRENAMTLICH UND ZEITLICH BEFRISTET**, so daß sie niemanden überfordern bezüglich seines Könnens und seiner finanziellen und familiären Situation. Die einen Dienst haben, zehren von den materiellen Reserven. Die Dienste rotieren und werden verteilt je nach Charismen: eine Leitungsaufgabe dem, der dazu fähig ist, eine mehr manuelle Tätigkeit dem starken und jungen. „Jedem das seine“ – gilt als Devise. Die Amtsinhaber und Dienstleistenden werden von allen geschätzt, denn „sie tun etwas für die Gemeinschaft – sie ‚opfern‘ sich für uns“, sagen die anderen dankbar.

**ÜBERFLUSS MUSS VERÄUSSERT WERDEN**, damit alle etwas davon haben. Das gilt in der indianischen Gemeinschaft auch für die **TALENTE / FÄHIGKEITEN**, die ein jeder besitzt. Die Theorie der kirchlichen Soziallehre sagt: „Privateigentum hat immer eine soziale Hypothek“. Hier wurde mir dieses Wort lebendige Wirklichkeit.

Besitz und Fähigkeiten hat jemand nicht nur zu seiner eigenen Freude und darf nach Laune, Kapital daraus schlagen, sondern **FÜR DAS WOHL ALLER**. In einer indianischen Gemeinschaft, die nach eigenen Gesetzmäßigkeiten funktioniert, gilt das z.B. auch für jemanden, der es versteht, Kranke zu heilen. Oft bekommt ein solcher Mensch einen Auftrag dazu ganz deutlich zugesprochen. Gut erinnere ich mich an einen



heilkundigen alten Mann, der mir sagte: „Eines Nachts, ich war damals 18 Jahre alt, wurde mir in einem Traum klar: ‚du mußt den armen Kranken helfen.‘“ Wenn nun jemand krank ist im Dorf, wird der Heiler bemüht. Die „Eigenbeteiligung des Kranken“ bemisst sich an den Möglichkeiten des Kranken. Oft geht es so: „Gib, was Du geben möchtest! Was es Dir wert ist! Was Du kannst!“ Eine Witwe kann vielleicht nicht mehr als ein gutes Essen geben, wogegen ein junger Mann, der hin und wieder in Mexiko-Stadt arbeitet, auch einige Pesos geben kann. Der Heiler weiß darum und akzeptiert es. Die Gemeinschaft vergütet ihm seinen Dienst, indem sie ihn freistellt von gemeinschaftlichen Arbeiten.

#### MAYORDOMO

Hat es jemand durch Glück zu relativem Reichtum gebracht, **STELLT ER SICH ALS MAYORDOMO ZUR VERFÜGUNG ODER WIRD VON DER DORFGEMEINSCHAFT DAZU ERNANNT**. Das heißt: er trägt das Patronatsfest aus. Er ist verantwortlich für Essen, Trinken, Musik und Feiern. Alle bekommen ausgeteilt. „Wir achten darauf, das alle gleich sind: Wir wollen in unserem Dorf nicht, daß jemand, weil er reicher ist, beginnt, die anderen zu kommandieren und abhängig zu machen. Das geschieht schneller als man denkt“, sagte mir ein Mann ganz nüchtern. Und mit Stolz bekannte mir einmal ein Bürgermeister: „Wir haben alle nicht viel, aber bei uns braucht keiner zu hungern. Wir helfen uns gegenseitig.“

#### GUEZA

Von Solidarität kündigt auch die Gueza. Hat jemand größere Ausgaben, wie z.B. eine Beerdigung auszurichten, kann er darauf bauen, daß seine Nachbarn ihm helfen, das Beerdigungssessen auszurichten. Maisfladen, Bohnen, Hühner usw., mit denen die betroffene Familie früher anderen geholfen hat, kommen jetzt zurück. Man kann auch andere ansprechen, die nun geben und einmal später, wenn diese dann Ausgaben haben, zurückbekommen. So ist der einzelne nicht über die Maßen belastet im Notfall.

## SCHLUSS

Man kann sich denken, dass dieses auf Subsistenzwirtschaft ausgerichtete Leben, das menschliche, soziale, religiöse, kontemplative, freiheitliche Werte in den Mittelpunkt stellt, immer auch beneidet, belächelt, missbraucht und bekämpft wird von einem anderen System, das sich als überlegen durchsetzen möchte. „Die Attraktion des modernen Lebensstiles ist verführerisch“, sagte uns Priestern der Diözese Oaxaca immer wieder Bischof Bartolomé Carrasco. „Aber der **INDIO HAT IMMER ÜBERZEUGUNGSARBEIT LEISTEN MÜSSEN** für seinen humanen Lebensstil.“ Unter den Bischöfen, die den Reichtum dieser wunderbaren Kultur zu schätzen wissen, war Don Bartolomé leider eine Ausnahme. Umso mehr wünsche ich, dass das indianische Bemühen, vielleicht in Zusammenklang mit vielen Befreiungsbewegungen, im dritten Jahrtausend Früchte hervorbringen möge **ZUM WOHL EINER NEUEN SOLIDARISCHEN MENSCHHEIT**.

**UND WIR?** Vielleicht werden wir – zwangsläufig – offener, entdecken langsam, dass unsere Rezepte einseitig sind. Vielleicht werden wir westlichen Gesellschaften und nach langer Zeit europäischer Voreingenommenheit und Expansion fähig werden, Anregungen anderer Völker anzunehmen. **GEBE ES GOTT, DER SCHÖPFER UND ERHALTER DES LEBENS!**

# „Freiheit ist die schwierigste Übung“

## Die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens

*Sr. Juliana Seelmann, Sr. Renata Obert*

Zum alljährlichen Grundlagenseminar für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung der Franziskanischen Familie waren alle Interessierten vom 19.–21. März 2010 ins Kloster Oberzell bei Würzburg eingeladen. In diesem Jahr stand es unter dem Thema „Bedingungsloses Grundeinkommen – eine franziskanische Alternative?!“.

Angesichts stetig steigender Arbeitslosigkeit und einer Umverteilung der Güter von unten nach oben sowie des damit einhergehenden Auseinanderklaffens von Arm und Reich in unserer Gesellschaft und weltweit, wird die Idee des sogenannten bedingungslosen Grundeinkommens keineswegs nur in „linken“ Kreisen diskutiert. Seit der sogenannten Finanzkrise und auch angesichts der Umweltkrise ist klar, dass es bei der Suche nach Alternativen zu unserem derzeit herrschenden kapitalistischen bzw. neoliberalen Wirtschaftssystem nicht mehr um die Frage der sozialen Gerechtigkeit geht, sondern um die Frage des Überlebens, bzw. Lebens in Würde für alle!

Neben grundlegenden Informationen über das bedingungslose Grundeinkommen stand die Meinungsbildung und die Auseinandersetzung mit den Ideen auf der Grundlage unseres franziskanischen Welt- und Menschenbildes im Vordergrund.

Ausgangspunkt waren die Fragen: „Wer sorgt für mein Einkommen? Wovon leben wir? Was trage ich zum Einkommen anderer bei?“. Deutlich wurde dabei, dass schon immer die Generationen voneinander leben und gegenseitig von Erarbeitetem und von Erfahrungen profitieren.

Grundlegende Informationen zum Thema erhielten wir von Dorothee Schulte-Basta, die im Vorstand des deutschen Netzwerkes Grundeinkommen tätig ist. Besonders interessant war, dass es in Namibia bereits ein Pilotprojekt über zwei Jahre mit einem Grundeinkommen für alle Bewohner eines Dorfes gab. Es ließ sich feststellen, dass die Menschen dort dieses Kapital positiv nutzten und bestrebt waren, ihre Lebenssituation langfristig zu verbessern. In Brasilien gibt es seit 2004 in der Verfassung die Zielformulierung der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle. Im europäischen Raum ist vor allem die Schweiz sehr aktiv in der Suche nach Realisationsmöglichkeiten dieser Idee.

Die Grundidee und die berichteten Erfahrungen wurden positiv von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Grundlagenseminars aufgenommen. Skepsis herrschte allerdings bezüglich der Finanzierbarkeit eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle Bürgerinnen und Bürger. Auch die Frage, ob dieses Grundeinkommen nicht nur ausgenutzt werden würde, beschäftigte viele.

DIES WURDE UNTER ANDEREM AUCH IN STATEMENTS DEUTLICH,  
DIE ZU VIER FRAGEN ABGEGEBEN WURDEN:

Die Aussage: „**Es BRAUCHT EIN GRUNDEINKOMMEN, WEIL ...**“ wurde u. a. folgendermaßen ergänzt:

- ▶ ... um Stigmatisierung und Ausgrenzung zu reduzieren und Bildung zu ermöglichen.
- ▶ ... dann wirklich das Wohl aller Menschen und des Menschen überhaupt im Mittelpunkt des gesellschaftlichen Tuns steht.
- ▶ ... das Eisen jetzt geschmiedet werden muss, denn die Entsolidarisierung der Gesellschaft nimmt zu. Wenn dieser Prozess noch weiter zunimmt, ist so etwas immer weniger einzurichten.
- ▶ ... es verhilft mir zu gesundem „Vorwärtstreben“ in Ausbildung, in Helfen-Können, in der Weiterentwicklung von Natur und Kultur.
- ▶ ... Kreativität freigesetzt wird.

Die gegenteilige Aussage „GRUNDEINKOMMEN BRAUCHEN WIR NICHT, WEIL ...“ löste folgende Reaktionen aus:

- ▶ ... es ein Pauschalssystem wäre. Grundeinkommen ist ohne zusätzliche Leistungen und Begleitmaßnahmen ungerecht.
- ▶ ... staatliche Regulierung am Anfang als Entmündigung verstanden wird und fehlender Anreiz zur Eigenverantwortung besteht.
- ▶ ... die bisherigen Sozialleistungen bedarfsangemessener und damit gerechter gesteuert werden können.
- ▶ ... die Schwierigkeiten bei der gerechten Umverteilung bleiben. Es gibt keine „einfachen Lösungen“.
- ▶ ... die Grundbedürfnisbefriedigung auch Ziel des jetzigen Systems ist (Rechtsanspruch). Der Systemwechsel enthebt uns nicht dem politischen Prozess, der zu neuer Bürokratie und Überstrapazierung der Ressourcen führt (Schulden).

„DAS KANN NICHT FUNKTIONIEREN, WEIL ...“ – dazu wurden u. a. folgende Meinungen notiert:

- ▶ ... es politisch nicht durchsetzbar ist – sozialistischer Touch.
- ▶ ... es zu starke Vorbehalte und Widerstände in der Bevölkerung gibt.
- ▶ ... die verbreitete Volksmeinung ist: „Dann würde niemand mehr etwas tun!“
- ▶ ... die Schere zwischen Arm und Reich erst noch weiter auseinander gehen muss (neo-/kapitalistisches System muss erst total kollabieren bevor ein Umdenken passiert).
- ▶ ... unser Denken in der Leistungskategorie zu stark ist (Arbeit muss sich lohnen).
- ▶ ... der demographische Wandel fortschreitet (Finanzierungslücken/Überschuldung)
- ▶ ... die Reichen kein Interesse an einem Systemwechsel haben.
- ▶ ... es fraglich ist, wie die Gesellschaft dann mit all den unangenehmen Arbeitsbereichen funktioniert.

Die Frage „IST DAS GERECHT?“ wurde folgendermaßen von einigen beantwortet:

- ▶ Es ist gerechter.
- ▶ Es wird nur gerecht, wenn die Sorge um das Ganze da ist bzw. geweckt wird.
- ▶ Ja, weil jeder Mensch dazu berufen ist, lebenswert leben zu können.
- ▶ Ja, weil es solidarischer ist.
- ▶ Vermeintlich gerecht, ich denke es wird an vielen Punkten scheitern, da man kaum in der Lage sein wird „Individualität“ gerecht – allen gerecht zu machen.
- ▶ Es klingt gerecht.
- ▶ Kommt darauf an, wie es konzipiert und durchgerechnet wird.

Am Nachmittag konnten wir die theoretischen Erfahrungen praktisch vertiefen.

In einer **UMFRAGE IN DER WÜRZBURGER INNENSTADT** wurde deutlich, dass die meisten Passanten noch nie etwas vom bedingungslosen Grundeinkommen gehört hatten. Nach einer kurzen Erklärung reagierten die meisten aber positiv auf diese Idee. Entgegen der gängigen Meinung, dann würde niemand mehr arbeiten wollen, glaubten die meisten von sich, dass sie weiterarbeiten würden. Von anderen erwarteten sie eher, dass sie das System ausnützen würden. In manchen Aussagen wurde deutlich, dass die Kindererziehung und die Pflege älterer Familienangehöriger dann einfacher durchzuführen wäre. Diese sonst unentlohnten und oft nicht gesellschaftlich wertgeschätzten Tätigkeiten würden an Wert gewinnen. Es wurde deutlich, dass Menschen mit ihrer Erwerbstätigkeit nicht nur „Geld verdienen“ verbinden, sondern dass die Arbeit auch soziale und persönliche Bedürfnisse befriedigt.

Beim Besuch einiger **DROGERIEMÄRKTE** wurde deutlich, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von dem meist gut informiert waren über das bedingungslose Grundeinkommen. Ihr Firmenchef Götz Werner ist einer der führenden Vordenker dieser Idee.

Ein anderer Teil der Gruppe beschäftigte sich mit dem **FILM „DAS BEDINGUNGSLOSE GRUNDEINKOMMEN“** des Schweizer Bündnisses

Grundeinkommen. Hier wurde die Informationen nochmals vertieft und gut aufbereitet wiedergegeben. Diesen Film kann man kostenlos herunterladen unter „[www.grundeinkommen.tv](http://www.grundeinkommen.tv)“.

Auch die Internetseiten „[www.grundeinkommen.de](http://www.grundeinkommen.de)“ und „[www.initiative-grundeinkommen.ch](http://www.initiative-grundeinkommen.ch)“ bieten weiteres Material.

AM ENDE DER TAGE STANDEN DIE FRAGEN:

- ▶ Wie erhalten wir uns das Gut des bedingungslosen Da-Seins in unseren Gemeinschaften?
- ▶ Wie machen wir die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens in unseren Gemeinschaften bekannt?
- ▶ Wie unterstützen wir die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens in der Gesellschaft und forcieren die Umsetzung?

Voraussetzung für das bedingungslose Da-Sein ist, dass man sich selber etwas wert ist, ohne sich über die eigene Leistungsfähigkeit zu definieren. Deutlich wurde bei der ersten Frage, dass die Generationenverträge in den Gemeinschaften wie in der Gesellschaft auf Dauer nicht mehr funktionieren werden. Daher ist das bedingungslose Grundeinkommen auch für die immer älter werdenden Gemeinschaften durchaus eine bedenkenswerte Alternative.

„Subversiv und wohldosiert bei jeder passenden Gelegenheit“ sollte über die Idee des Grundeinkommens in den Gemeinschaften informiert werden, z.B. bei Hauskapiteln, bei Fortbildungen oder in ordensinternen Publikationen. Denn die Grundidee des grundsätzlichen, bedingungslosen Angenommenseins ist grundlegend für unsere Gemeinschaften.

Zur Unterstützung der Idee in der Gesellschaft sind Publikationen in Zeitschriften, z.B. im „Franziskaner“ möglich, die auch eine breitere Leserschaft außerhalb der Gemeinschaften erreichen. Es besteht die Möglichkeit, Mitglied im Netzwerk Grundeinkommen zu werden und sich dort zu engagieren oder mit anderen Organisationen, die diese Idee vertreten, zusammen zu arbeiten. Wichtig ist vor allem, diese Idee im eigenen Umfeld weiter zu tragen, um so für sie zu werben.

Den meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmern ging es am Ende des Seminars wohl so, dass die Grundidee des bedingungslosen Grundeinkommens positiv und faszinierend eingeschätzt wird, wobei die Skepsis über die Realisierung, vor allem der Finanzierung bleiben. Das bringt ein Zitat von Claus Offe auf den Punkt: „Zu den originellsten und zugleich umstrittensten Ideen für die Zukunftssicherung der westlichen Wohlfahrtsstaaten gehört das bedingungslose Grundeinkommen für alle.“

Buchbesprechung

## Zukunftsherausforderung Armut in der Welt

*Br. Stefan Federbusch ofm*

Was versteht man unter Armut in den franziskanischen Orden und Gemeinschaften? Was haben die Menschenrechte dazu zu sagen? Was kann der Geist des Franziskus zur heutigen Armutsdiskussion beitragen? Was geht mich persönlich die Armut an?

Diese Fragen greift ein Buch auf, das am 15. Januar 2010 in Frankfurt unter dem Titel „Zukunftsherausforderung: Armut in der Welt“ vorgestellt wurde. Die Nichtregierungsorganisation Franciscans International hat das Buch als Franziskanische Impulse für die Vereinten Nationen herausgebracht. Es behandelt das Thema Armut aus einer interdis-



ziplinären Perspektive: Aus der der Menschenrechte und aus der einer Organisation mit beratendem Status bei den Vereinten Nationen. Es verknüpft jahrhundertealtes franziskanisches Leben mit internationaler Politik und speist gegenwärtige franziskanische Basiserfahrung in den politischen Diskurs ein. Es informiert über die aktuelle politisch-juristische UN-Debatte.

Zukunftsherausforderung Armut in der Welt ist eine Sammlung von Artikeln und Aufsätzen zu einem der wichtigsten Themen der heutigen Zeit. Grundsätzliche Überlegungen zur Armut aus franziskanischer Sicht bis hin zu Zeugenberichten vor Ort stellen ein Problemfeld vor, das viel umfangreicher ist, als man gewöhnlich annimmt. Dessen grundsätzliche Verflechtungen mit anderen ebenso dringenden Problemen wie Migration, Entwicklung und Umwelt kommen jedoch unmissverständlich zu Wort. Es ist ein Gemeinschaftswerk von Denkern, Wissenschaftlern und Praktiker(inne)n, das zur vertieften Auseinandersetzung mit einer der dringendsten Gegenwartsfragen anregen möchte.

**DAS BUCH GLIEDERT SICH IN DIE 10 KAPITEL:**

1. Das franziskanische Konzept der Armut
2. Die Rechte der Armen: Ein Meilenstein auf einem langen Weg
3. Armut und das Recht auf Entwicklung
4. Die Millennium Entwicklungsziele und die Reduzierung von Armut und Hunger: Die gegenwärtige Situation im Lichte der UNO Berichte und der Zeugen vor Ort
5. Die Rolle der Frauen in der Bekämpfung der Armut
6. Armut im Alter
7. Migration: Ein Mittel um die Armut zu reduzieren oder der Weg in die Verarmung?
8. Armut und Behinderung: Ein Beispiel aus Sambia
9. Der Kampf gegen Analphabetismus, Illetrismus und Marginalisierung
10. Armut und Umwelt

Es greift somit eine breite Palette von Kontexten aus dem Themenfeld von Armut auf, die von den Autorinnen und Autoren aus der Franziskanischen Familie sowohl in theoretischer, vor allem aber auch prak-

tischer Hinsicht beleuchtet werden. Die Beiträge spiegeln das große weltweite Engagement der franziskanischen Schwestern und Brüder. Der Schwerpunkt der Herkunftsländer liegt dabei auf Europa (Frankreich und Deutschland), Nordamerika (USA und Kanada) sowie Afrika (Demokratische Republik Kongo, Togo und Sambia). Mittelamerika (Guatemala), Südamerika (Brasilien) und Asien (Indien) sind jeweils nur mit einem Land vertreten.

Das Buch ist layoutmäßig ansprechend gestaltet. In die Artikel eingearbeitet sind Kästen mit unterschiedlichen Quellen wie UN-Dokumente, Definitionen, Interviews, Zeitungsausschnitte usw. Etwas leseunfreundlich ist die kleine Schriftgröße. Ein kleinerer Mangel besteht zudem in der ungenügenden Zeichensetzung, insbesondere zahlreicher fehlender Kommata, was auch der Übersetzung geschuldet sein mag.

In ihrem Vorwort legt die Direktorin von FI, Sr. Denise Boyle, die Position von FI dar, „dass extreme Armut sowohl Grund als auch Konsequenz der Verletzung von Menschenrechten“ ist. „Der Kampf gegen die Situation extremer Armut sollte nach Ansicht von FI eine absolute Priorität der internationalen Gemeinschaft sein.“ Sie appelliert an die persönliche und kollektive Verantwortung einer/ eines jeden Einzelnen. „Ich hoffe, dass das Lesen dieser Reflexionen jeden von uns herausfordern und dazu drängen wird, noch härter an einer Welt zu arbeiten, wo Solidarität und Gemeinschaft tatsächlich eine Wirklichkeit sind.“

Das Buch ist ein wichtiger Impulsgeber dazu.

Michael Mutzner, Alessandra Aula (Hg.)  
*Zukunftsherausforderung. Armut in der Welt*  
Franziskanische Impulse für die Vereinten Nationen  
Reihe: Kirche und Entwicklung  
Bd. 1, 2010, 216 S., 18.90 EUR, br., ISBN 978-3-643-80035-0  
Lit-Verlag Münster 2010

# TAUWETTER

...FRANZISKANISCHE ZEITSCHRIFT FÜR GERECHTIGKEIT,  
FRIEDEN UND BEWAHRUNG DER SCHÖPFUNG

## 2002

- 1 AFGHANISTAN – DAS UNBEKANNTE LAND AM HINDUKUSCH
- 2 AFGHANISTAN –MEHR ALS 2 JAHRZEHNTE KRIEG
- 3 ISRAEL UND PALÄSTINA – EIN LAND UND ZWEI GERECHTIGKEITEN
- 4 EHRFURCHT VOR DER SCHÖPFUNG

## 2003

- 1 KRIEG – NIEDERLAGE DER MENSCHHEIT
- 2 INTERNATIONALER RAT DES FRANZISKANERORDENS  
FÜR GERECHTIGKEIT, FRIEDEN UND BEWAHRUNG DER SCHÖPFUNG
- 3 MIT EIGENSINN UND GOTTESGESPÜR:  
KLARA VON ASSISI ZUM 750. TODESTAG
- 4 WASSER ALS LEBENSGUT

## 2004

- 4 DER SUDAN ZWISCHEN MACHTKAMPF UND VÖLKERMORD
- 3 GEWALTFREI
- 2 ZWEI KLASSEN MEDIZIN
- 1 MENSCHENWÜRDIG STERBEN

## 2005

- 4 EUROPÄISCHE IDENTITÄT
- 3 SOZIALSTAAT DEUTSCHLAND
- 2 DER HERR GEBE DIR DEN FRIEDEN – EINE NEUE WELT IST MÖGLICH
- 1 PAX AMERICANA

## 2006

- 4 INTERKULTURELLES ZUSAMMENLEBEN –  
MUSLIME UND CHRISTEN IN DEUTSCHLAND
- 3 20 JAHRE FRIEDENSGETEBE VON ASSISI
- 2 OSTAFRIKA: DIE WUNDE IM FLEISCH
- 1 ROTE KARTE FÜR DEN MENSCHENHANDEL

## 2007

- 4 ELISABETH – EINE LEIDENSCHAFTLICHE FRAU
- 3 KOLUMBIEN: DIE SCHATTEN DES TODES
- 2 DIE SACHE DES FRIEDENS
- 1 WELTZOZIALFORUM NAIROBI 2007

## 2008

- 1 BEDROHT – VERFOLGT – VERTRIEBEN:  
FLÜCHTLINGSSCHICKSALE IN OSTAFRIKA
- 2 GELD: GOTT-GÖTZE-GERECHTIGKEIT
- 3 FRANZISKANER IM DIALOG MIT DEM ISLAM
- 4 DER AFGHANISTAN – KONFLIKT

## 2009

- 1 ANSTÖSSE ZUR MENSCHLICHKEIT
- 2 KRISE AUS DUMMHIT UND GIER
- 3 SCHÖPFUNG IM HERZEN DER SENDUNG
- 4 BIG BROTHER IS WATCHING YOU

## 2010

- 1 DIE BEWAHRUNG DER SCHÖPFUNG IM TÄGLICHEN LEBEN  
DER MINDERBRÜDER

Bestellung alter Hefte (vgl. [www.tauwetter-online.de](http://www.tauwetter-online.de))

REDAKTION TAUWETTER, IMMERMANNSTRASSE 20,

POSTFACH 240139, 40090 DÜSSELDORF

REDTAUWETTER@AOL.COM